Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1985	Ausgegeben zu Wiesbaden am 13. Februar 1985	Nr.3
Tag	Inhalt	Seite
5. 2.85	Gesetz zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes Ändert GVB1. II 326-2	29
1. 2.85	Gesetz über die Feststellung eines Teilhaushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1985 (Vorschaltgesetz 1985). GVBl. II 43-51	30 🗸
1. 2.85	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Ändert GVBl. II 41-16	35 💞
5. 2.85	Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausbildungsförderungsgesetzes Ändert GVBI. II 72-102	37
18. 1.85	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Abweichungen von den Stellenobergrenzen des § 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes bei den Brandversicherungsanstalten in Hessen	38
1. 2.85	Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz	39
_	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Hessischen Bauordnung Zu GVBl. II 361-54	44

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes*)

Vom 5. Februar 1985

Artikel 1

Das Hessische Personalvertretungsgesetz in der Fassung vom 2. Januar 1979 (GVBl. I S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1984 (GVBl. I S. 181), wird wie folgt geändert:

1. § 14 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- "(1) Die Verteilung der Mitglieder des Personalrats auf die Gruppen kann abweichend von § 13 geordnet werden, wenn die Mehrheit der Wahlberechtigten jeder Gruppe dies vor der Neuwahl in getrennten geheimen Abstimmungen beschließt,"
- 2. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 2 erhält folgende Fassung:
- *) Ändert GVBI. II 326-2

- "(2) Besteht der Personalrat aus mehr als einer Person, so wählen die Beamten, Angestellten und Arbeiter ihre Vertreter (§ 13) je in getrennten Wahlgängen, es sei denn, daß die Mehrheit der Wahlberechtigten jeder Gruppe vor der Neuwahl in getrennten geheimen Abstimmungen die gemeinsame Wahl beschließt."
- b) Abs. 3 erhält folgende Fassung:
 - "(3) Zur Wahl des Personalrats können die wahlberechtigten Beschäftigten sowie die im Personalrat vertretenen Gewerkschaften Vorschläge machen. Jeder Wahlvorschlag der Beschäftigten muß von mindestens einem Zwanzigstel der wahlberechtigten Gruppenangehörigen, jedoch mindestens von zwei Wahlberechtigten unterzeichnet

sein. In jedem Falle genügt die Unterzeichnung durch fünfzig Gruppenangehörige."

- c) Abs. 5 erhält folgende Fassung:
 - "(5) Ist gemeinsame Wahl beschlossen worden, so muß jeder Wahlvorschlag der Beschäftigten von mindestens einem Zwanzigstel der wahlberechtigten Beschäftigten unterzeichnet sein; Abs. 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend."
- 3. § 51 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Für den Hauptpersonalrat beim Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst gilt § 12 Abs. 3 entsprechend; die Höchstzahl der Mitglieder beträgt fünfundzwanzig."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 5. Februar 1985

Der Hessische Ministerpräsident Börner Der Hessische Minister des Innern Winterstein

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz über die Feststellung eines Teilhaushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1985 (Vorschaltgesetz 1985)*)

Vom 1. Februar 1985

§ 1

(1) Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Teilhaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1985 wird in Einnahme und Ausgabe

 $3954\,360\,100$ Deutsche Mark festgestellt.

(2) Dieser Teilhaushaltsplan wird Bestandteil des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1985.

§ 2

- (1) Die Landesregierung wird ermächtigt, bis zu 400 Stellen für Auszubildende zu schaffen.
- (2) Die Landesregierung wird ermächtigt, im Falle eines unabweisbaren zusätzlichen Bedarfs an Ausbildern für neu eingestellte Auszubildende Planstellen und Stellen in andere Kapitel desselben Ein-

zelplans oder in andere Einzelpläne umzusetzen und, soweit es notwendig ist, gleichzeitig umzuwandeln. Umgewandelte Stellen sind mit dem Vermerk "künftig umzuwandeln" zu versehen. Über den weiteren Verbleib der umgesetzten Stellen ist im Haushaltsplan 1985 zu entscheiden.

§ 3

- (1) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, die im Teilhaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1985 vorgesehenen Kredite aufzunehmen.
- (2) Mittel, die der Bund nach Art. 91a und 104a Abs. 4 des Grundgesetzes oder die Dritte für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Haushaltsjahr 1985 zur Verfügung stellen und die in dem Entwurf der Landesregierung für den Haushaltsplan 1985 veranschlagt sind, dürfen mit Einwilligung des Ministers der Finanzen für den im Haushaltsplanentwurf 1985 vorgesehenen Zweck angenommen und verausgabt

•) GVBl, II 43-51

werden. Entsprechendes gilt für Verpflichtungsermächtigungen. Soweit gleichzeitig Leistungen des Landes zu erbringen sind, dürfen mit Einwilligung des Ministers der Finanzen die entsprechenden Ausgaben geleistet oder Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren eingegangen werden. Die Kreditermächtigung nach Abs. 1 erhöht sich in dem Umfang, in dem nach Satz 3 im Haushaltsjahr 1985 Ausgaben des Landes für investive Zwecke zu leisten sind.

- (3) Die dem Minister der Finanzen gemäß § 3 des Investitionsfondsgesetzes in der Fassung vom 13. Februar 1982 (GVBl. I S. 58) erteilte Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten wird für das Haushaltsjahr 1985 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1985 auf 49 Millionen Deutsche Mark begrenzt.
- (4) Kredite nach Abs. 1 bis 3 sind auf den Kreditrahmen des Haushaltsgesetzes 1985 anzurechnen.

§ 4

- (1) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 1985 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1985 zur Förderung des Wohnungsbaues, der Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden sowie des Erwerbs vorhandener Wohnungen, insbesondere durch kinderreiche Familien und Schwerbehinderte, Garantien und Bürgschaften bis zum Betrag von 80 Millionen Deutsche Mark zu übernehmen. Der Minister der Finanzen wird außerdem ermächtigt, im Haushaltsjahr 1985 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1985 bis zum Betrag von 80 Millionen Deutsche Mark Garantien und Bürgschaften, die bei der späteren Übernahme auf den Bürgschaftsrahmen des jeweiligen Haushaltsjahres anzurechnen sind, für denselben Zweck in Aussicht zu stellen.
- (2) Der Ermächtigungsrahmen nach Abs. 1 kann auch für Bürgschaften zur Förderung von städtebaulichen Sanierungsund Entwicklungsmaßnahmen aufgrund des Städtebauförderungsgesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBI. I S. 2319, 3617), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBI. I S. 949), in Anspruch genommen werden.
- (3) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 1985 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1985 zur Durchführung dringender, volkswirtschaftlich gerechtfertigter Aufgaben Garantien und Bürgschaften bis zum Betrag von 250 Millionen Deutsche Mark zu übernehmen. Zur Übernahme solcher Garantien und Bürgschaften ist die Einwilligung des Haushaltsausschusses erforderlich. Ausgenommen sind Bürgschaften, die im Rahmen der Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften und Garantien durch das Land Hessen für die gewerbliche Wirtschaft übernommen werden.

- (4) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 1985 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1985 zur Förderung dringender Neu- und Umbaumaßnahmen genehmigter, nach dem Ersatzschulfinanzierungsgesetz vom 6. Dezember 1972 (GVBl. I S. 389, 1973 S. 90), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1982 (GVBl. I S. 450), beihilfeberechtigter Privatschulen (Ersatzschulen) Bürgschaften bis zum Betrag von 10 Millionen Deutsche Mark zu übernehmen.
- (5) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 1985 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1985 bis zur Höhe von 6,5 Millionen Deutsche Mark Garantien zu übernehmen, die sich aus dem Umgang mit radioaktiven Stoffen nach dem Atomgesetz in der Fassung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3054), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), als notwendig erweisen.

§ 5

- (1) Werden Zuwendungen nicht oder nicht mehr ihrem Zweck entsprechend, unwirtschaftlich oder nicht alsbald nach der Auszahlung verwendet oder werden sonstige mit der Zuwendung verbundene Auflagen nicht erfüllt, kann der Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise mit Wirkung auch für die Vergangenheit widerrufen werden.
- (2) Soweit ein Zuwendungsbescheid nach Abs. 1 oder nach sonstigen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen, zurückgenommen oder infolge des Eintritts einer auflösenden Bedingung unwirksam wird, ist die Zuwendung, auch soweit sie bereits verwendet worden ist, zurückzuzahlen. Hat der Zuwendungsempfänger die Umstände, die zum Widerruf, zur Rücknahme oder zur Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheides geführt haben, nicht zu vertreten, so gelten für den Umfang der Rückzahlung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung entsprechend. Auf den Wegfall der Bereicherung kann sich der Zuwendungsempfänger nicht berufen, soweit er die Umstände kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte, die zum Entstehen des Rückzahlungsanspruchs geführt haben. Der Rückzahlungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 6 vom Hundert für das Jahr zu verzinsen, soweit nicht im Einzelfall ein anderer Zinssatz vereinbart oder festgelegt ist. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind von der Zahlung von Zinsen befreit, soweit die zurückzuzahlenden Zuweisungen Schuldendiensthilfen aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs gewährt worden sind.
- (3) Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszweckes verwendet und wird

der Zuwendungsbescheid nicht widerrufen oder zurückgenommen, können für die Zeit bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen nach den in Abs. 2 bezeichneten Grundsätzen verlangt werden. § 6

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1985 in Kraft; es gilt bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1985.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 1. Februar 1985

Der Hessische Ministerpräsident Börner Der Hessische Minister der Finanzen

Anlage

Teilhaushaltsplan 1985

Teil I Haushaltsübersicht

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Überschuß (+) Zuschuß (-)	DM	47 000 000	5 000 000	118 000 000	76 000 000	-
5 7		+	. 1	ı	+	
Gesamt- ausgaben	DM		\$ 000 000	988 062 100 113 000 000 3 949 360 100	1.	988 062 100 113 000 000 3 954 360 100
Besondere Finan- zierungs- ausgaben	DM		.	113 000 000	ŀ	113 000 000
Sonstige Investitions- ausgaben	DM		1	988 062 100	-	988 062 100
Bau- ausgaben	DM		1	ı	*******	1
Über- tragungs- ausgaben	DM	·	5 000 000	2 843 298 000	ľ	2 848 298 000
Ausgaben für den Schulden- dienst	DM			1		
Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	DM	1		2 000 000	,	2 000 000
Persönliche Ver- waltungs- ausgaben	DM	1	·	3 000 000	1	3 000 000
Gesamt- einnahmen	DM	47 000 000	., l	3 831 360 100	76 000 000	3 954 360 100
Vermögens- wirksame und beson- dere Finan- zierungs- einnahmen	DM	1	ı	496 662 100	51 000 000	547 662 100
Uber- tragungs- einnahmen	DM		.1	. 1	25 000 000	25 000 000
Eigene Ein- nahmen	DM	47 000 000	1.	.1	I	47 000 000 25 000 000
Steuem und steuer- ähnliche Abgaben	DM		ı	3 334 698 000	1	3 334 698 000
Bezeichnung		Hessischer Minister der Justiz	Hessischer Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz	Allgemeine Finanzverwaltung	Förderung des Wohnungs- und Städtebaues	
Ein- zel- plan		90	60	17	19	

Teilhaushaltsplan 1985 Teil I Haushaltsübersicht

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Epl17	Allgemeine Finanzverwaltung	Verpflichtungsermächtigung DM	
		1 654 000 000	
	Von dem Gesamtbetrag dürfen fällig werden 1986 1987 1988	343 000 000	
	in späteren Haushaltsjahren	553 000 000	
	Teilhaushaltsplan 1985	•	
	Teil II Finanzierungsübersich	t	
I. Ermit	llung des Finanzierungssaldos	Mio DM	
(ol an	sgaben	Zuführungen näßigen Fehl-	
(ol	nnahmen ne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Er cklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüss hnische Verrechnungen)	atnahmen aus en, haushalts-	
3. Fi	nanzierungssaldo	- 14,7	
ff 7near	nmensetzung des Finanzierungssaldos		
		4.4	
	tto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	· ·	
1.	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
ske o z	darunter für Ausgleichsforderungen		
2. A	sgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge aus	Vorjahren . —	
3. Ei	nnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen der V	orjahre —	
4. Ri	cklagenbewegung		
	Entnahmen aus Rücklagen		
	Zuführungen an Rücklagen	- 1555 - 1.5	
	ushaltstechnische Verrechnungen		
	Einnahmenseite		
	2 Ausgabenseite	•	
0, F1	nanzierungssaldo (Summe 1 bis 5)		
	Teilhaushaltsplan 1985		
	Teil III Kredittinanzierungspla	ın	
	te am Kreditmarkt	Mio DM	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	14,7	
	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
III. I	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt		
	te im öffentlichen Bereich	······································	
Π.	ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	<u>. </u>	

 $III.\ \ Netto-Neuverschuldung\ im\ \"{o}ffentlichen\ Bereich$

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes*)

Vom 1. Februar 1985

Artikel 1

Das Finanzausgleichsgesetz in der Fassung vom 29. Juni 1984 (GVBl. I S. 194) wird wie folgt geändert:

- 1. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 wird die Zahl "37,2" durch die Zahl "36,2" ersetzt.
 - b) In Nr. 2 wird die Zahl "12,2" durch die Zahl "14,5" ersetzt.
 - c) In Nr. 3 wird die Zahl "39,8" durch die Zahl "38,8" ersetzt.
 - d) In Nr. 4 wird die Zahl "10,8" durch die Zahl "10,5" ersetzt.
- 2. § 11 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
 - "(3) Eine Gemeinde, die als Heilbad im Sinne der Hessischen Beihilfenverordnung in der Fassung vom 18. Dezember 1979 (GVBl. 1980 I S. 17, 21, 22) anerkannt ist, erhält vom 1. Januar des auf die Anerkennung folgenden Ausgleichsjahres an einen Ergänzungsansatz, der sich aus der Zahl der Kurgastübernachtungen eines Kalenderjahres, geteilt durch 250, ergibt."
- In § 15 Abs. 4 wird die Zahl "55,00" durch die Zahl "75,00" ersetzt.
- 4. § 25 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
- "(2) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen erhält vom veranschlagten Betrag den Anteil, der seinem Anteil an den Sozialhilfeausgaben der hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände entspricht."
- 5. In § 25 Abs. 3 werden in Satz 1 die Worte "seinem Aufwand" durch die Worte "seinen Ausgaben" und in Satz 2 die Worte "der Aufwand" durch die Worte "die Ausgaben" ersetzt.
- 6. § 28 erhält folgende Fassung:

"§ 28

Zuweisungen für den überörtlichen Personennahverkehr

- Gemeinden, Landkreise und sonstige kommunale Körperschaften erhalten Finanzzuweisungen, wenn sie
 - mit einem eigenen Verkehrsunternehmen über ihre Grenzen hinaus öffentlichen Personennahverkehr betreiben (überörtlicher Verkehr) und dadurch Verluste zu tragen haben oder

- 2. vertraglich die Fehlbeträge mittragen, die sich aus einer verkehrlichen und tariflichen Zusammenarbeit kommunaler und nichtkommunaler öffentlicher Verkehrsunternehmen ergeben (vertragliche Zusammenarbeit), wenn die entsprechenden Verträge durch den Minister für Wirtschaft und Technik im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Minister des Innern genehmigt sind. Verträge, die nur zwischen hessischen kommunalen Körperschaften abgeschlossen werden oder die bis zum 31. Dezember 1984 abgeschlossen worden sind, gelten als genehmigt. Die der Zusammen-Rechtsform arbeit ist unerheblich.
- (2) Die Zuweisung beträgt
 - 1. bei überörtlichem Verkehr mindestens die Hälfte dieser jährlichen Verluste; sie ergeben sich aus der Betriebsbuchhaltung sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, wobei Aufwendungen um Abschreibungen, Schuldendienst und Konzessionsabgabe zu verringern sind. Rückstellungen werden nicht berücksichtigt. Eine Zuweisung wird nicht gewährt, wenn der Deckungsgrad bei dieser Berechnung unter 60 vom Hundert liegt;
 - bei einer vertraglichen Zusammenarbeit mindestens die Hälfte des Fehlbetrages, den die kommunale Körperschaft zusätzlich zu tragen hat. Dabei werden Verluste nach Nr. 1 ermittelt.
- (3) Die Zuweisungen werden auf Antrag gewährt. Kann der Antragsteller die notwendigen Angaben auf Grund besonderer vertraglicher Regelungen nicht nachweisen, kann die Zuweisung nach billigem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Mittel festgesetzt werden."

^{*)} Ändert GVBl. II 41-16

7. § 38 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung: "(1) Bau und Ausbau von Verkehrsanlagen des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich der Maßnahmen zur Verknüpfung von Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr (Park- und Ride-Plätze)."
- b) Die bisherigen Nr. 1 bis 3 werden Nr. 2 bis 4.
- c) Die bisherige Nr. 4 wird gestrichen.

Artikel 2

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz in der sich aus diesem Gesetz ergebenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1985 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 1. Februar 1985

Der Hessische Ministerpräsident Börner Der Hessische Minister der Finanzen Krollmann Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Anderung des Hessischen Ausbildungsförderungsgesetzes*)

Vom 5. Februar 1985

Artikel 1

Das Hessische Ausbildungsförderungsgesetz (HAföG) vom 11. Juli 1984 (GVBl. 1 S. 188) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird als Abs. 2 angefügt:

"(2) Anspruch auf Ausbildungsförderung haben auch Schüler, die in Hessen ihren ständigen Wohnsitz haben und in einem anderen Bundesland eine der in Abs. 1 genannten Schulen besuchen, sofern eine dem gewählten Bildungsgang entsprechende Ausbildungsstätte innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes nicht in zumutbarer Entfernung erreichbar ist und der Leiter der besuchten Schule schriftlich bestätigt, daß er die sich aus diesem Gesetz für hessische Schulen ergebenden Mitwirkungspflichten erfüllen wird."

2. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Ausbildungsförderung wird für die Dauer des Schulbesuchs einschließlich der Ferienzeiten geleistet. Monatliche Förderungsbeträge unter 15,—Deutsche Mark werden nicht ausgezahlt; der Höchstbetrag beträgt 100,—Deutsche Markt (Bedarf)."

Artikel 2

Anträge auf Leistungen nach diesem Gesetz, die innerhalb von zwei Monaten nach seiner Verkündung gestellt werden, gelten als rechtzeitig zu Beginn des Schuljahres 1984/85 gestellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am 1. März 1985 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 5. Februar 1985

Der Hessische Ministerpräsident Börner

Der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Rüdiger

^{*)} Ändert GVBl. II 72-102

Verordnung zur Änderung der Verordnung über Abweichungen von den Stellenobergrenzen des § 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes bei den Brandversicherungsanstalten in Hessen*)

Vom 18. Januar 1985

Auf Grund des § 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 13. November 1980 (BGBl. I S. 2082), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 1984 (BGBl. I S. 998), und des § 1 Abs. 2 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf dem Gebiet des Besoldungsrechts vom 28. September 1976 (GVBl. I S. 399), geändert durch Verordnung vom 23. Januar 1979 (GVBl. I S. 33), wird verordnet:

Artikel 1

In § 3 Nr. 2 der Verordnung über Abweichungen von den Stellenobergrenzen des § 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes bei den Brandversicherungsanstalten in Hessen vom 21. September 1979 (GVBl. I S. 226) werden nach dem Wort "Kassel" folgende Worte eingefügt:

"im mittleren Dienst in der Besoldungsgruppe A 7 26 v. H., in der Besoldungsgruppe A 8 40 v. H., in der Besoldungsgruppe A 9 34 v. H.,

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 18. Januar 1985

Der Hessische Minister des Innern Winterstein

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik Dr. Steger

^{•)} Ändert GVBI. II 321-31

Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz*)

Vom 1. Februar 1985

Auf Grund des § 2 des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1709), wird verordnet:

Artikel 1

Die Anlage zu § 1 der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 26. März 1982 (GVBl. I S. 66) wird durch die Anlage zu dieser Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1985 in Kraft.

Wiesbaden, den 1. Februar 1985

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident Börner

Der Minister der Finanzen Krollmann

^{*)} Ändert GVBl. II 41-17

Anlage

zur Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 1985 an (§ 1)

- Gebietsstand: 1. Januar 1985 -

Kreisfreie Städte	•	Landkreis Groß-Gerau	
Darmstadt Frankfurt am Main	0,027 3273 0,138 1550	Biebesheim am Rhein Bischofsheim	0,001 0041 0,002 4262
Kassel	0,032 4225	Büttelborn	0,002 0454
Offenbach am Main Wiesbaden	0,023 2596 0,056 7702	Gernsheim	0,001 4277
Wiesbadeli	0,030 7702	Ginsheim-Gustavsburg Groß-Gerau	0,002 9604 0,004 1810
Kreisangehörige Gemeind		Kelsterbach	0,004 1810
REGIERUNGSBEZIRK DARMS	STADT	Mörfelden-Walldorf	0,002 9731
Landkreis Bergstraße		Nauheim	0,000.3354
Abtsteinach	0,000 3779	Raunheim	0,002 1950
Bensheim	0,005 9587	Riedstadt	0,002 8789
Biblis	0,001 3336	Rüsselsheim	0,012 6650
Birkenau Bürstadt	0,001 7056 0,002 6980	Stockstadt am Rhein	0,000 8705
Einhausen	0,000 8584	Trebur	0,001 9609
Fürth	0,001 3839	Hochtaunuskreis	
Gorxheimertal	0,000 7295	Bad Homburg v. d. Höhe	0,012 5704
Grasellenbach	0,000 3890	Friedrichsdorf	0,005 0839
Groß-Rohrheim	0,000 5822	Glashütten	0,001 2202
Heppenheim (Bergstraße)	0,004 1500	Grävenwiesbach	0,000 6553
Hirschhorn (Neckar)	0,000 6542	Königstein im Taunus Kronberg im Taunus	0,004 0638 0,004 9127
Lampertheim Lautertal (Odenwald)	0,005 9721 0,001 1382	Neu-Anspach	0,004 5127
Lindenfels	0,001 1302	Oberursel (Taunus)	0,001 5924
Lorsch	0,001 9365		0,003 0050
Mörlenbach	0,001 4045	Schmitten Steinbach (Taunus)	0,002 5715
Neckarsteinach	0,000 7024	Usingen	0,002 0061
Rimbach	0,001 2956	Wehrheim	0,001 6014
Viernheim	0,005 9044	Weilrod	0,000 8517
Wald-Michelbach	0,001 4640	Main-Kinzig-Kreis	
Zwingenberg	0,000 9230	Bad Orb Bad Soden-Salmünster	0,001 1914 0,001 6150
Landkreis Darmstadt-Dieburg	i	Biebergemünd	0,000 9636
Alsbach-Hähnlein	0,001 2129	Birstein	0,000 7075
Babenhausen	0,002 4475	Brachttal Bruchköbel	0,000 6009 0,003 8058
Bickenbach	0,000 8403	Erlensee	0,001 8386
Dieburg	0,002 3797	Flörsbachtal	0,000 2693
Eppertshausen	0,000 9839	Freigericht	0,002 1183
Erzhausen	0,001 2425	Gelnhausen, Barbarossastadt	0,003 3702
Fischbachtal	0,000 3626	Großkrotzenburg Gründau	0,001 2356
Griesheim Groß-Bieberau	0,003 8928 0,000 6877	Hammersbach	0,001 6970 0,000 6271
Groß-Dieberau Groß-Umstadt	0,003 0640	Hanau	0,000 6271
Groß-Zimmern	0,001 7039	Hasselroth	0,001 1648
Messel	0,000 7055	Jossgrund	0,000 3560
Modautal Mühltal	0,000 6278 0,002 5939	Langenselbold	0,001 7948
Münster	0,001 9696	Linsengericht	0,001 3350
Ober-Ramstadt	0,002 2741	Maintal	0,008 7616
Otzberg	0,000 8642	Neuberg Nidderau	0,001 0000 0,002 5624
Pfungstadt	0,004 1476	Niederdorfelden	0,002 5024
Reinheim	0,002 9061	Rodenbach	0,002 4423
Roßdorf	0,002 2124	Ronneburg	0,000 4454
Schaafheim Seeheim-Jugenheim	0,001 0995 0,003 4497	Schlüchtern	0,001 9807
Weiterstadt	0,003 4437	Schöneck Sinntal	0,002 1120 0,001 0625
	•		3,002 0020

Steinau an der Straße	0,001 2972	Oestrich-Winkel	0,001 8413
Wächtersbach	0,001 5432	Rüdesheim am Rhein	0,001 5893
Main-Taunus-Kreis		Schlangenbad	0,001 2679
	0.005.0500	Taunusstein	0,005 8852
Bad Soden am Taunus Eppstein	0,005 0566 0,002 9004	Waldems	0,000 7786
Eschborn	0,002 9004 0,004 6243	Walluf	0,001 2933
Flörsheim am Main	0,003 3303	Wetteraukreis	•
Hattersheim am Main	0,005 0649	Altenstadt	0,001 4830
Hochheim am Main Hofheim am Taunus	0,003 4193	Bad Nauheim	0,005 0335
Kelkheim (Taunus)	0,008 0434	Bad Vilbel Büdingen	0,005 9050 0,002 6456
Kriftel	0,006 6871 0,002 1795	Butzbach	0,002 0430
Liederbach	0,001 7161	Echzell	0,000 7333
Schwalbach am Taunus	0,003 9479	Florstadt	0,001 1398
Sulzbach (Taunus)	0,001 5897	Friedberg (Hessen)	0,004 2729
Odenwaldkreis		Gedern Glauburg	0,000 8944 0,000 4607
Bad König	0,001 2735	Hirzenhain	0,000 4007
Beerfelden	0,000 9626	Karben	0,003 9884
Brensbach	0,000 6824	Kefenrod	0,000 2887
Breuberg Brombachtal	0,001 0900 0,000 4272	Limeshain	0,000 7455
Erbach	0,001 7391	Münzenberg	0,000 7111
Fränkisch-Crumbach	0,000 3755	Nidda	0,002 3961
Hesseneck	0,000 1042	Niddatal	0,001 4571
Höchst i. Odw.	0,001 3108	Ober-Mörlen Ortenberg	0,000 8283 0,001 1307
Lützelbach	0,000 8104	Ranstadt	0,000 5942
Michelstadt	0,002 1752	Reichelsheim (Wetterau)	0,000 9514
Mossautal Poicholahoim (Odonyvald)	0,000 2838	Rockenberg Rosbach v. d. Höhe	0,000 5393
Reichelsheim (Odenwald) Rothenberg	0,000 9970 0,000 3457	Wölfersheim	0,001 9338 0,001 2399
Sensbachtal	0,000 1250	Wöllstadt	0,001 2399
Landkreis Offenbach		REGIERUNGSBEZIRK GIESS	EN
Dietzenbach	0,006 0581	Landkreis Gießen	
Dreieich	0,009 9398	Allendorf (Lumda)	0,000 5151
Egelsbach	0,001 9120	Biebertal	0,000 3131
Hainburg	0,002 5014	Buseck	0,001 7020
Heusenstamm	0,004 6097	Fernwald	0,001 0211
Langen Mainhausen	0,006 7077 0,001 2982	Gießen	0,011 4047
Mühlheim am Main	0,001 2982 0,005 2244	Grünberg	0,001 5626
Neu-Isenburg	0,009 4522	Heuchhelheim Hungen	0,001 2931 0,001 6282
Obertshausen	0,004 8497	Langgöns	0,001 0202
Rodgau	0,007 5384	Laubach	0,001 2393
Rödermark	0,004 8693	Lich Linden	0,001 6866
Seligenstadt	0,003 3931	Lollar	0,001 8494 0,001 3484
Rheingau-Taunus-Kreis		Pohlheim	0,002 1741
Aarbergen	0,001 0728	Rabenau Reiskirchen	0,000 7067
Bad Schwalbach	0,001 7492	Staufenberg	0,001 2040 0,001 1540
Eltville am Rhein	0,002 9411	Wettenberg	0,001 1340
Geisenheim	0,002 0276	• ,	
Heidenrod Hohenstein	0,000 8761	Lahn-Dill-Kreis	
Hünstetten	0,000 9303 0,001 2724	Aßlar	0,001 8177
Idstein	0,001 2724	Bischoffen Braunfels	0,000 4287 0,001 4791
Kiedrich	0,000 5478	Breitscheid	0,001 4791
Lorch	0,000 6483	Dietzhölztal	0,000 9065
Niedernhausen	1	Dillenburg	0,003 8552
raedelillidusell	0,002 6250	Driedorf	0,000 6927

Ehringshausen	0,001 3528	Vogelsbergkreis	
Eschenburg	0,001 3225	Alsfeld	0,002 3601
Greifenstein	0,000 8971	Antrifttal	0,000 2086
Haiger Herborn	0,002 7722 0,003 4965	Feldatal Freiensteinau	0,000 2745 0,000 3271
Hohenahr	0,000 5708	Gemünden (Felda)	0,000 3280
Hüttenberg	0,001 2680	Grebenau	0,000 3260
Lahnau Leun	0,001 2926 0,000 7004	Grebenhain	0,000 5436
Mittenaar	0,000 7004	Herbstein Homberg (Ohm)	0,000 4973 0,000 9453
	0,000 7186	Kirtorf	0,000 3455
Schöffengrund Siegbach	0,000 3626	Lauterbach (Hessen)	0,002 0501
Sinn	0,001 0472	Lautertal (Vogelsberg)	0,000 2518
Solms	0,001 9026	Mücke	0,001 0838
Waldsolms Wetzlar	0,000 6183 0,008 2161	Romrod	0,000 3569
		Schlitz Schotten	0,001 0863 0,001 1942
Landkreis Limburg-Weilburg		Schwalmtal	0,000 3960
Bad Camberg	0,001 9009	Ulrichstein	0,000 3154
Beselich Brechen	0,000 6008 0,000 8843	Wartenberg	0,000 4696
Dornburg	0,000 9696	REGIERUNGSBEZIRK KASSE	I .
Elbtal	0,000 2284	Landkreis Fulda	
Elz	0,000 9554	Bad Salzschlirf	0,000 3317
Hadamar	0,001 3524	Burghaun	0,000 6290
Hünfelden	0,001 1339	Dipperz	0,000 2809
Limburg a. d. Lahn Löhnberg	0,004 5204 0,000 6292	Ebersburg	0,000 3773
Mengerskirchen	0,000 5793	Ehrenberg (Rhön) Eichenzell	0,000 2354 0,000 9478
Merenberg	0,000 3239	Eiterfeld	0,000 6875
Runkel	0,001 1726	Flieden Fulda	0,000 8863 0,008 0543
Selters (Taunus)	0,000 8970	Gersfeld (Rhön)	0,000 5562
Villmar	0,000 8524	Großenlüder	0,000 8355
Waldbrunn (Westerwald)	0,000 6232 0,001 9488	Hilders	0,000 4614
Weilburg Weilmünster	0,001 4009	Hofbieber Hosenfeld	0,000 4965 0,000 4346
Weinbach	0,000 5924	Hünfeld	0,000 4540
Landkreis Marburg-Biedenko	opf	Kalbach Künzell	0,000 5865 0,001 8723
Amöneburg	0,000 4547	Neuhof	0,001 8723
Angelburg	0,000 4572	Nüsttal	0,000 2242
Bad Endbach	0,000 9599	Petersberg	0,001 9369
Biedenkopf Breidenbach	0,002 2973 0,001 0157	Poppenhausen (Wasserkuppe) Rasdorf	-
Cölbe	0,000 7988	i ·	0,000 1346
Dautphetal	0,001 6181	Tann (Rhön)	0,000 4392
Ebsdorfergrund	0,000 8692	Landkreis Hersfeld-Rotenburg	•
Fronhausen	0,000 4671	Alheim	0,000 4999
Gladenbach	0,001 4888	Bad Hersfeld Bebra	0,004 5405 0,001 9075
Kirchhain	0,001 9138	Breitenbach a. Herzberg	0,001 3073
Lahntal Lohra	0,000 7305 0,000 6473	Cornberg	0,000 2049
Marburg	0,010 1002	Friedewald	0,000 3301
Münchhausen	0,000 3977	Hauneck	0,000 4211
Neustadt (Hessen)	0,000 9212	Haunetal Heringen (Werra)	0,000 3203 0,001 2792
Rauschenberg	0,000 4340	Hohenroda	0,000 4391
Stadtallendorf	0,002 6561	Kirchheim	0,000 3992
Steffenberg Weimar	0,000 5657 0,000 8223	Ludwigsau Nentershausen	0,000 7194 0,000 3802
Wetter (Hessen)	0,000 9982	Neuenstein	0,000 3294
Wohratal	0,000 2166	Niederaula	0,000 6236

Philippsthal (Werra)	0,000.7027	Neuental	0,000 4115
Ronshausen	0,000 3104	Neukirchen Niedenstein	0,000 8316
Rotenburg a. d. Fulda	0,001 8120		0,000 7105
Schenklengsfeld	0,000 5848	Oberaula Ottrau	0,000 3678
Wildeck	0,000 6527	Schrecksbach	0,000 2443
Tam dimeta Wassal		Schwalmstadt	0,000 3218 0,002 2911
Landkreis Kassel		Schwarzenborn	0,000 1156
Ahnatal	0,001 3047	Spangenberg	0,000 8978
Bad Karlshafen	0,000 5382	Wabern	0,000 9607
Baunatal Breuna	0,004 2062 0,000 4007	Willingshausen	0,000 5128
Calden	0,000 4007	Zwesten	0,000 3712
Emstal			
Espenau	0,000 6939 0,000 7226	Landkreis Waldeck-Frankenl	•
Fuldabrück	0,000 7220	Allendorf (Eder) Arolsen	0,000 6719
Fuldatal	0,001 0937		0,001 9667
Grebenstein	0,000 7723	Bad Wildungen Battenberg (Eder)	0,002 3253 0,000 7367
Habichtswald	0,000 7199	Bromskirchen	0,000 7367
Helsa	0.000 7199	Burgwald	0,000 5758
Hofgeismar	0,001 8202	Diemelsee	0,000 4298
Immenhausen	0,001 0189	Diemelstadt	0,000 5752
Kaufungen	0,001 5746	Edertal .	0,000 7106
Liebenau	0,000 3989	Frankenau	0,000 3001
Lohfelden	0,001 9607	Frankenberg (Eder)	0,002 1385
Naumburg	0,000 6023	Gemünden (Wohra)	0,000 3902
Nieste	0,000 2361	Haina (Kloster)	0,000 4077
Niestetal	0,001 8187	Hatzfeld (Eder)	0,000 4641
Oberweser	0,000 4051	Korbach	0,003 2144
Reinhardshagen	0,000 6499	Lichtenfels	0,000 4116
Schauenburg	0,001 6035	Rosenthal	0,000 1950
Söhrewald	0,000 6794	Twistetal	0,000 4962
Trendelburg	0,000 5842	Vöhl	0,000 5822
Vellmar	0,003 2453	Volkmarsen	0,000 7115
Wahlsburg	0,000 2912	Waldeck	0,000 7961
Wolfhagen	0,001 6096	Willingen (Upland)	0,000 6268
Zierenberg	0,000 9075	TAT 1 5-10 Yr	
Schwalm-Eder-Kreis		Werra-Meißner-Kreis	
•		Bad Sooden-Allendorf Berkatal	0,001 1057
Borken (Hessen)	0,001 9175	Eschwege	0,000 2499
Edermünde	0,001 1165	_	0,003 2113
Felsberg	0,001 6293	Großalmerode	0,001 0294
Frielendorf Fritzlar	0,000 8529 0,001 9952	Herleshausen Hessisch Lichtenau	0,000 2764
Gilserberg	i	4	0,001 9188
Gudensberg	0,000 3074 0,001 0597	Meinhard Meißner	0,000 7431 0,000 4132
Guxhagen	0,000 6960		
Homberg (Efze)	0,001 9341	Neu-Eichenberg	0,000 2322
Jesberg	0,000 2999	Ringgau	0,000 3476
Knüllwald	0,000 5309	Sontra	0,001 0365
Körle	0,000 3309	Waldkappel	0,000 5600
Malsfeld	0,000 5166	Wanfried Wehretal	0,000 5892 0,000 6765
Melsungen	0,002 3169	Weißenborn	0,000 1215
Morschen	0,000 4771	Witzenhausen	0,002 1656
	,		

Herausgeber: Der Hessische Ministerpräsident – Staatskanzlei – Wiesbaden.

Verlag: Verlag Dr. Max Gehlen GmbH & Co. KG, Postfach 24 63, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe; Telefon (0 61 72) 2 30 56, Postgiroamt: Dr. Max Gehlen 228 48-607, Ffm. (BLZ 500 100 60)

Druck: Taunusbote, Buchdruckerei Dr. Alexander Krebs GmbH & Co, KG, Bad Homburg v.d. Höhe

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr, Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November beim Verlag vorliegen. – Einzelstücke können vom Verlag bezogen werden. – Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistung.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 68,- DM einschließlich 4,45 DM Mehrwertsteuer.

400

Verlag Dr. Max Gehlen · Postfach 24 63 6380 Bad Homburg v.d. Höhe

Postvertriebsstück 1 Y 3228 A · Gebühr bezahlt

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Hessischen Bauordnung*)

Auf die nachstehend abgedruckte Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt 1985 I S. 100 wird hingewiesen:

"Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 28. November 1984 – 1 BvL 13/81 –, ergangen auf Vorlagebeschluß des Verwaltungsgerichts Kassel, wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 91 Absatz 4 der Hessischen Bauordnung (HBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1977 (Gesetz- und Verordnungsbl. 1978 I S. 1), geändert durch Gesetz vom 6. Juni 1978 (Gesetz- und Verordnungsbl. I S. 317), ist mit Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes vereinbar, soweit darin die Bauvorlageberechtigung für die in dieser Vorschrift genannten einfacheren Bauvorhaben mindestens vom Ablegen einer Handwerkerprüfung oder von einer gleichgestellten Qualifikation abhängig gemacht wird. Jedoch wird dieses Grundrecht dadurch verletzt, daß der Gesetzgeber es unterlassen hat, eine Übergangsregelung zugunsten derjenigen zu treffen, die das Anfertigen derartiger Bauvorlagen bereits vor Inkrafttreten der Vorschrift geschäftsmäßig betrieben haben.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 7. Januar 1985

Der Bundesminister der Justiz Engelhard"